

Wichtig



Stefan Lakeband
über die Probleme
des Deutschen Milchkontors

Es ist eine verspätete Rechnung, die das Deutsche Milchkontor (DMK) bekommt. Zahlreiche Bauern haben ihre Lieferverträge gekündigt. Dem DMK könnte somit ein Viertel seines wichtigsten Rohstoffs verloren gehen: Milch.

Auf den ersten Blick verwundert das. Nach einer langen Depression mit Tiefpreisen steigt das Milchgeld der Bauern schließlich nun schon seit einigen Monaten. Die Kündigungen sind jetzt eine verzögerte Reaktion, da sie zwei Jahre Vorlauf brauchen. Dass aber tatsächlich auch alle Landwirte ihre Beziehungen zum DMK abbrechen, ist unwahrscheinlich. Einige werden wohl einen Rückzieher machen – auch weil sie keine alternative Molkerei in Norddeutschland finden können.

Trotzdem war es wichtig, dass so viele Landwirte mit der Kündigung gedroht haben. Es ist eines ihrer wenigen Mittel, um zu sagen: Kümmert euch um uns, sonst sind wir weg! Weg sein, das kann in diesem Fall nicht nur den Wechsel zu einer anderen Molkerei bedeuten, sondern die komplette Hof-Aufgabe. Das Milchkontor ist gut beraten, alles dafür zu tun, dass das Milchgeld weiter steigt. Im Interesse der Landwirte, aber auch im eigenen.

Bericht Seite 15

stefan.lakeband@weser-kurier.de

Überfällig



Kathrin Aldenhoff
über Cannabis
als Medizin

Da dreht sich einer einen Joint, und die Krankenkassen bezahlen ihm das Cannabis. Das hat der Bundestag jetzt beschlossen, vorausgesetzt bei dem Jointdreher handelt es sich um einen Schwerverkranken. Es ist gut, dass die Politiker das Gesetz verabschiedet haben, es hat lange genug gedauert. Nicht nur, dass Kranke, denen andere Medikamente nicht, schlechter oder nur mit sehr starken Nebenwirkungen helfen, nun endlich nicht mehr selbst dafür zahlen müssen, dass ihr Leid gelindert wird. Das neue Gesetz kann auch dazu beitragen, die gesellschaftliche Ächtung, die viele Cannabispatienten fürchten, abzubauen. Die Nachbarn, der Chef, die Eltern – all denen kann ein Kranker nun leichter erzählen, dass er kifft, und zwar aus gesundheitlichen Gründen. Bisher hatten viele Angst davor. Sie fürchteten, ihren Job zu verlieren oder zumindest ihr Ansehen. Sie fürchteten, als Kiffer abgestempelt zu werden, obwohl viele von ihnen ohne ihre Krankheit gar kein Cannabis konsumieren würden. Sie haben lange auf dieses Gesetz gewartet. Es war überfällig, schon seit 2007 konsumieren Patienten in Deutschland legal Cannabis, sie erhielten Ausnahmegenehmigungen. Das fällt nun weg. Endlich. Bericht Seite 6

kathrin.aldenhoff@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Chefreporter Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Holge Wagner

Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft:
Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn

Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,
Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredaktion: Markus Peters

Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor:
Franz Berding - Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)

Büro Hannover: Peter Miodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Dürken

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0800/3671222 Telefax: 0421/36711020

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222

*Kostlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655

Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)

Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Harm Bengel

Dieser Machtwechsel ist eine monumentale Zäsur



Thomas Spang
über die Amtseinführung
des 45. US-Präsidenten

Nicht der Sieg einer Partei, sondern eine Feier unserer Freiheit – mit diesen Worten läutete John F. Kennedy vor 56 Jahren seine Präsidentschaft ein. An diesem Tag der Amtseinführung klingen diese Worte seltsam fern. Wenn Donald Trump Schlag Mittag die Hand auf die Bibel Abraham Lincolns legt, stellt sich eher die Frage, ob er damit das Erbe des Präsidenten verhöhnt, der die Einheit der jungen Nation rettete und die Sklaven befreite. Dieser Moment gehört zu den vielen Dissonanzen, für die der 45. Präsident der Vereinigten Staaten auf seinem Weg ins Weiße Haus gesorgt hat. Jetzt, wo aus einer abstrakten Vorstellung konkrete Wirklichkeit wird, bereuen nicht wenige Amerikaner ihre Wahl. Das schlechte Gewissen drückt sich in den historisch niedrigen Zustimmungswerten für Donald Trump am Tag der Amtseinführung aus. Nur vier von zehn Amerikanern haben eine positive Meinung von ihm. Die Skepsis überwiegt – zu Recht.

Erstmals in der Geschichte der Vereinigten Staaten gibt es an diesem Tag Menschen, die nicht, wie Kennedy sagte, die Freiheit feiern, sondern die fürchten, Freiheiten könnten eingeschränkt, vielleicht sogar abgeschafft werden. Millionen junger Latinos, die als Kinder in die USA kamen, haben Angst, in Länder deportiert zu werden, die sie oft nur aus der Erzählung ihrer Eltern kennen. Muslime, die dem Ruf der Lady Liberty folgten, um in den USA eine bessere Zukunft zu finden, sorgen sich, wie Kriminelle in einem

Register erfasst und diskriminiert zu werden. Frauen fürchten, sie könnten ihre hart erkämpften Rechte verlieren und wieder zu Objekten degradiert zu werden, die nicht einmal das Sagen über ihren eigenen Körper haben. Schwarze, die in der Regierung plötzlich keinen Verbündeten mehr im Kampf gegen Polizeigewalt haben, sondern einen Gegenspieler sehen, der versucht, sie vom Wählen abzuhalten. Journalisten, die sich fragen, ob künftig nur noch aus dem Weißen Haus berichten darf, wer artig aufschreibt, was der dünnhäutige Präsident ihnen in den Notizblock diktiert. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Trump betrachtet die Freiheitsordnung als schlechten Deal.

Nichts von alledem ist normal. Wie auch im Verhältnis Trumps zum Rest der Welt die Brüche unverkennbar sind. Der 45. Präsident betrachtet die Freiheitsordnung, die Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen hat, als schlechten Deal und will sie überwinden. Die Nato nennt er obsolet, die Europäische Union versucht er zu spalten und Freihandelsabkommen will er aufkündigen. Die Vereinten Nationen müssen damit rechnen, dass dieser Präsident ihnen den Geldhahn zudreht. Statt multilaterale Zusammenarbeit will Trump zu einer Großmachtpolitik des 19. Jahrhunderts zurückkehren, in der andere Staaten Konkurrenten sind, die es zu schwächen gilt. Von China und Saudi-Arabien bis hin zum Exportweltmeister Deutschland. Er sucht nicht die

Wertegemeinschaft mit anderen Demokratien, die Bürgerrechte hochhalten, sondern bewundert Autokraten. Das Konzept des „Westens“ bekommt Konkurrenz durch eine diffuse Russophilie, deren Wurzeln mysteriös sind.

Trumps „America First“-Agenda ist nicht normal, sondern gemessen an der konservativen Freiheitsvision Ronald Reagans zutiefst unamerikanisch. Wie viele, die vor den Wahlen die reale Möglichkeit einer Trump-Präsidentschaft verdrängt haben, tun sich in diesem Moment einige schwer, die monumentale Zäsur zu begreifen, die dieser Machtwechsel mit sich bringt. Sie denken, Donald Trump werde sich von seinem Kabinett, der Wirtschaft, der Presse und den Verbündeten „einhegen“ lassen. Andere reden sich ein, er meine bestimmt nicht alles so, wie er es gesagt habe. Sehr verbreitet ist die Hoffnung, Trump werde nicht lange im Weißen Haus bleiben. Wahlweise, weil er das Interesse verlieren oder vorzeitig des Amtes enthoben werde.

All dies sind sehr menschliche Versuche, mit einer bitteren Realität umzugehen. Als Strategie, einer „Normalisierung“ des Trumpismus etwas entgegenzusetzen, taugen sie nicht. Dafür braucht es klare Maßstäbe, an denen sich ablesen lässt, wann es ans Eingemachte geht. Der scheidende Präsident Barack Obama hat die Indikatoren benannt: Meinungsfreiheit, Umgang mit Minderheiten sowie freie und faire Wahlen. Die Europäer können es sich nicht leisten, auf Wunder zu hoffen, während Trump versucht, ihren Kontinent zu spalten. Wenn die alte Welt nicht ihren Einfluss, ihren Wohlstand und ihre Sicherheit riskieren will, kann die Devisen nach dem 20. Januar 2017 nur lauten: zusammenrücken, „Make Europe Great Again“.

politik@weser-kurier.de

Handelsblatt

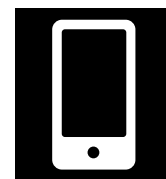
zum Bundeshaushalt: „Im Bundeshaushalt 2018 fehlen derzeit zehn Milliarden Euro. Das Loch dürfte gestopft werden können, weil die Flüchtlingsrücklage für 2017 wohl nicht aufgebraucht wird. Doch die ungedeckten Ausgaben zeigen: Der Haushalts-spielraum ist nicht so groß, wie es scheint. Deshalb muss der Bund auch sorgsam mit seinem Überschuss von 6,2 Milliarden Euro aus 2016 umgehen. Steuersenkungen etwa machen keinen Sinn. Dauerhafte Entlastungen sollten nie nach kurzfristiger Kassenlage beschlossen werden.“

Münchner Merkur

zum Bundestagsgedenken: „Es hat lange gedauert, bis sich der Bundestag nach dem Terror von Berlin zu einer Geste der Anteilnahme am Leid der Opfer und ihrer Angehörigen durchringen konnte. Dazwischen lagen vier Wochen – und ein flehentlich Aufschrei der sich mutterseelenallein gelassen fühlenden Hinterbliebenen. Mit dieser Unfähigkeit zu trauern hat Deutschland aber die Chance veran zusammenzurücken, sich seiner Werte zu versichern in einer Zeit, da alles auseinanderzufallen scheint.“

Der Tagesspiegel

zur AfD: „Täter bleiben Täter und Opfer Opfer. Wenn die Entnazifizierung die deutschen Wurzeln fast ausgerottet hat – Originalton Höcke –, was ist das für ein Baum, der da wächst? Einer, der seine Kraft aus dem Nationalsozialismus schöpft. Die Geschichtsschreibung wird um 180 Grad gedreht? Dann soll der Zweite Weltkrieg wohl das erfolgreiche Aufbegehren Deutschlands gegen eine Verschwörung von Bolschewismus und Weltjudentum sein. Nein. Wer diese Partei, die AfD, nach der Dresdner Rede noch wählt, hat das Recht auf Irrtum verwirkt.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

Der Bedarf an barrierefreien Wohnungen steigt rasant

Winfried Kösters
über Demografie
und Wohnungsbau

Bundesweit wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 so viele Wohnungen genehmigt wie seit 1999 nicht mehr. Doch genehmigt ist noch nicht gebaut. Rund 300 000 Wohnungen sollten es Ende 2016 geworden sein, 350 000 bis 400 000 neue Wohnungen werden laut dem Deutschen Mieterbund jährlich gebraucht. Steht in den urbanen Gebieten der Neubau im Vordergrund, so kämpfen die ländlichen Regionen mit Leerständen. Was oft übersehen wird – auch in den Städten –, ist der rasant steigende Bedarf an barrierefreien Wohnungen für die älter werdende Gesellschaft. Waren nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung

2014 noch 21,3 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre, so werden es 2030 wahrscheinlich 25,1 Prozent sein. Allein der Anteil der Menschen über 80 Jahre wird in Bremen bis 2030 um 40 Prozent ansteigen. In Niedersachsen waren 2014 21,5 Prozent älter als 65 Jahre, für 2030 wird mit einem Anteil von 28 Prozent gerechnet. Der Anteil der Menschen über 80 Jahre wird landesweit um rund 26 Prozent ansteigen. Wir brauchen händelnde Wohnungen, in denen die Menschen sich zum Beispiel mit dem Rollator bewegen können. Schätzungen zufolge erfüllen heute rund drei Prozent aller Wohnungen bundesweit diese Anforderungen. Fazit: Der altersgerechte Umbau bestehender Wohnungen müsste auf der Agenda ganz oben stehen. Zudem fehlen Unterbringungen für Menschen, die nicht mehr eigenständig leben können, die es dann zu betreuen gilt.

Wer wissen will, wie es in wenigen Jahren aussehen wird, der sollte einmal nachzählen, wie viele Wohnungen von Menschen über 75 allein oder zu zweit bewohnt werden. Ein gigantisches Konjunkturprogramm für das Bauhandwerk liegt auf der Hand. Nur – und das wird meist auch übersehen – das Bauhandwerk altert: Waren die Belegschaften 2005 im Durchschnitt 40,1 Jahre alt, so lag dieses Alter 2014 bereits bei 43 Jahren. Tendenz steigend, denn das Handwerk ist nicht der Traumberuf bei jungen Männern und Frauen. Wurden 2003 noch 11 600 Ausbildungsverträge im Hochbau geschlossen, waren es 2013 nur noch 9600. Tendenz fallend. Es bleibt die Frage, wer diese enorme Nachfrage nach Neu- und Umbau erfüllen wird. Zumal auch in den Verwaltungen das Personal in den Baugenehmigungsbehörden immer knapper wird. Das Median-Alter bei den

baunahen Ingenieuren im Öffentlichen Dienst liegt bei 49 Jahren, nur acht Prozent sind jünger als 34 Jahre.

Diese Herausforderungen können nur regional gemeinsam – mit Städten und ländlichen Regionen im Umland – gemeistert werden. Es braucht daher ein strategisches regionales Gesamtkonzept.



Unser Gastautor ist Publizist, Moderator und Demografie-Experte. Er berät Kommunen, Verbände, aber auch Unternehmen. Der 55-jährige Vater von vier Kindern studierte in Münster und Mainz. Kösters lebt heute in Bergheim bei Köln.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.